



## Sie waren Nachbarn

### Auf den Spuren jüdischer Geschichte

Bereits 1920 kündigten die Nazis in ihrem Parteiprogramm an, was sie 13 Jahre später angingen: Die Verfolgung und Ermordung aller Bürgerinnen und Bürger jüdischen Glaubens. Ein erster Höhepunkt dieses dunkelsten Kapitels der deutschen Geschichte war der sogenannte *Judenboykott* im Jahr 1933.

Auch in Treptow-Köpenick wurde am 1. April 1933 zum Boykott aller Geschäfte, Warenhäuser, Banken, Arztpraxen, Rechtsanwalts- und Notarkanzleien aufgerufen. Diese Nachbarinnen und Nachbarn wurden bedrängt, verleugnet, geschasst und verschwanden in den folgenden Tagen, Monaten und Jahren.

Heute erinnern und mahnen vor zahlreichen Häusern Stolpersteine an diese ehemaligen Nachbarinnen und Nachbar und verraten einen Teil der oft vergessenen Geschichte.

Der Hobbyhistoriker Andreas Freiberg und Matthias Schmidt laden ein zum gemeinsamen Kiezspaziergang zu einigen Orten dieser Geschichte.

■ JD

**Samstag, 16. August 2014,**

**11:00 Uhr,**

**Schmidts Ekke, Ekkehardstr. 1**

#### Inhalt

Mehr Geld für Studierende	Seite 2
Die Kulturloge stellt sich vor	Seite 3
Berlin tüt was!	Seite 3
Die Wahrheit über den Mindestlohn	Seite 4

## Sommerferien. Urlaub und Rückblick

Liebe Nachbarinnen und Nachbarn, es sind Sommerferien, Zeit zum Entspannen. Meinen Urlaub verband ich in diesem Jahr mit einem Besuch der Treptow-Köpenicker Partnerstadt Albinea in Italien.



Nico Giberti (Bürgermeister) und Matthias Schmidt  
Foto: Matthias Schmidt

Bei herrlichem Wetter trafen wir dort viele Freunde sowie einige „Offizielle“. Zunächst einmal überbrachte ich dem neu gewählten Bürgermeister der norditalienischen Kleinstadt, Nico Giberti, meine Glückwünsche zur Wahl. Das Stadtoberhaupt beschrieb mit leuchtenden Augen wie die europäische Idee durch Städtepartnerschaften mit Leben erfüllt wird.

Wirtschaftsprogramme und Hilfen für die Landwirtschaft prägen oftmals die Beschreibungen vom vereinten Europa. Geeint und empfunden wird Europa allerdings durch uns Bürgerinnen und Bürger, die gleiche Werte teilen und in Europa Freundschaften entstehen lassen.

Ebenso traf ich mich mit Roberto Lori, mit dem ich in der Vergangenheit auf dem Gebiet des Sports zusammenarbeiten und mehrere Austausche, insbesondere von Jugendlichen aus Italien und Deutschland, organisieren konnte. Besonders spannend war auch der Austausch mit Antonella Incerti. Die ehe-

malige Bürgermeisterin ist im vergangenen Jahr nach Rom ins Parlament gewählt worden. Wir beide kommen also aus der Kommunalpolitik und machen grade unsere ersten Erfahrungen als Abgeordnete im nationalen Parlament.

Im Tennisverein von Albinea sprach ich erneut die Einladung an eine Delegation aus Albinea zu den Treptower Teufeln aus. Der Austausch zwischen diesen beiden Sportvereinen ist seit einigen Jahren eine schöne Tradition und hat zu wunderbaren Freundschaften geführt.

Die Sommerpause ist aber auch ein Moment die zurückliegenden Monate Revue passieren zu lassen. Vor einem Jahr war gerade die sogenannte heiße Wahlkampfphase. Nach den Wahlen, den Koalitionsverhandlungen, dem Mitgliederentscheid der SPD und der Regierungsbildung ging es endlich los.

Gesagt. Getan. Gerecht. Das ist die wirklich passende Zusammenfassung der zahlreichen Gesetzesvorhaben, die beschlossen oder auf dem Weg gebracht wurden.

Bei aller manchmal auch berechtigter Kritik ist es wirklich bemerkenswert, wie schnell in den letzten Monaten die Reformen auf den Weg gebracht wurden. Der Mindestlohn und die Rente mit 63 Jahren sind nur die zwei wichtigsten Punkte.

Was denken Sie über die Politik der letzten Monate? Lassen Sie es mich wissen.

Ihr  
Matthias Schmidt

## Spürbare Verbesserungen für die Studierenden

### 825 Millionen Euro mehr für Bildung

Die SPD-Fraktion hat am 21. Juli 2014 zusammen mit der CDU/CSU-Fraktion und der Bundesbildungsministerin Johanna Wanka eine umfassende Reform des Bundesausbildungsförderungsge- setz (BAföG) vorgestellt.

Freibeträge und Bedarfssätze werden mit 7 Prozent deutlich angehoben und das BAföG strukturell besser an die Studien- und Lebenswirklichkeit der Studierenden, Schülerinnen und Schüler angepasst. Durch das Reformpaket werden ab 2017 insgesamt jährlich zusätzlich rund 825 Mio. Euro für die Ausbildungsförderung zur Verfügung gestellt.

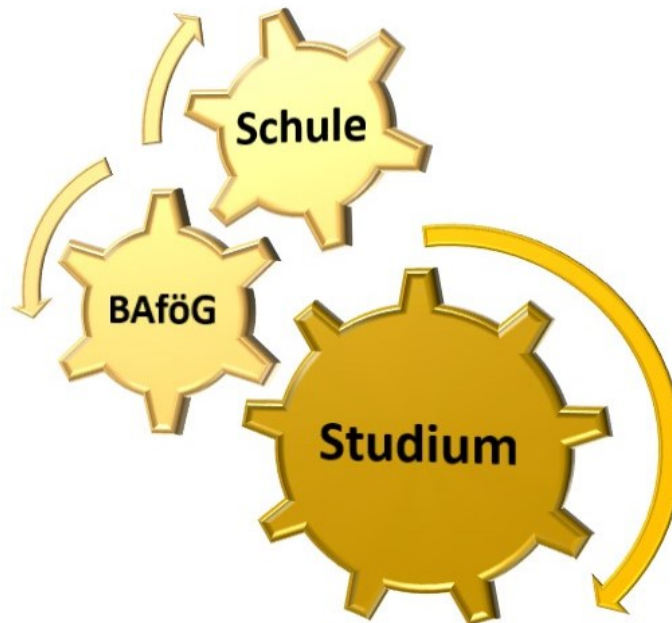
#### Die soziale Herkunft entscheidet über die Bildung - Das muss sich ändern!

Die SPD-Bundestagsfraktion hat sich für diese geplanten Verbesserungen im Interesse der Studierenden stark gemacht. Denn nach wie vor entscheidet in Deutschland zu häufig die soziale Herkunft über die Bildungschancen von Jugendlichen und jungen Erwachsenen. Das BAföG ist immer noch das zentrale Instrument zur Förderung von Chancengleichheit und erleichtert den Zugang zu akademischer Bildung. Besonders die geplante Erhöhung der Förderbeträge und Einkommensgrenzen ist daher dringend notwendig und richtig.

Mit der Erhöhung von Bedarfssätzen, Freibeträgen und Hinzuverdienstgrenzen, der Anhebung der Wohnkostenpauschale und der Vereinheitlichung von Kinderzuschlägen wird am Ende nicht nur deutlich mehr Geld in den Portemonnaies der Studierenden landen, es wird auch Vorsorge getroffen, damit der Kreis der BAföG-Berechtigten erhöht wird. Rund 110.000 junge Menschen werden zusätzlich förderberechtigt sein.

#### Die wichtigsten Neuregelungen der BAföG-Reform im Überblick

Mit dem geplanten BAföG-Änderungsgesetz übernimmt der Bund ab dem Jahr 2015 die volle Finanzierung der Geldleistungen nach dem BAföG. Damit werden die Länder um rund 1,17 Mrd. Euro jährlich entlastet und können das



zusätzliche Geld in die Finanzierung von Hochschulen und Schulen investieren.

Darüber hinaus beinhaltet die BAföG-Novelle eine wesentliche Anhebung der Bedarfssätze und Einkommensfreibeträge sowie weitere strukturelle Änderungen. Im Kern haben sich die Fraktionen auf folgende Punkte verständigt:

#### 1. Anhebung der Bedarfssätze und des Wohnzuschlags

Die Bedarfssätze werden generell um 7 Prozent angehoben. Damit können auch Kinder aus Familien mit mittleren Einkommen künftig finanzielle Unterstützung erhalten.

Um Mietsteigerungen insbesondere an Hochschulstandorten etwas aufzufangen, wird der Wohnzuschlag für BAföG-Empfänger, die nicht bei ihren Eltern wohnen, von 224 Euro auf 250 Euro angehoben.

#### 2. Höhere Einkommensfreibeträge, mehr Geförderte

Die Freibeträge für die Berücksichtigung der Einkünfte der Eltern werden ebenfalls um 7 Prozent angehoben. Damit wird der Kreis der Geförderten um über 110.000 Studierende, Schülerinnen und Schüler ausgeweitet. Die Hinzuverdienstgrenze soll von 400 Euro auf 450 Euro angepasst werden.

#### 3. Anhebung und Vereinheitlichung des Kinderbetreuungszuschlags

Damit sich Ausbildung und Familie besser vereinbaren lassen, wird der Kinderbetreuungszuschlag für Auszubildende und Studierende mit Kindern deutlich erhöht und die bisherige Staffelung pro Kind aufgehoben: Ab Herbst 2016 gibt es für jedes Kind einheitlich 130 Euro.

#### 4. Stärkung von Mobilität und Internationalität

Das BAföG soll internationaler werden:

Die Förderungsberechtigung wird auf Ausbildungen im Ausland ausgeweitet. Auch Nichtdeutsche, die in Deutschland eine Ausbildung oder ein Studium absolvieren, können künftig BAföG beantragen. Der Zugang zum BAföG soll auch für Flüchtlinge früher als heute möglich sein.

#### 825 Millionen Euro mehr BAföG

Jährlich werden durch diese Reform rund 825 Mio. Euro mehr für das BAföG aufgewendet werden, allein 500 Mio. Euro im Bundeshaushalt und weitere 325 Mio. Euro über KfW-Darlehen. Damit wird die Große Koalition 2017 rund 4,1 Mrd. Euro für BAföG aufwenden – und damit das dreieinhalbfache der Summe von 1998 (1,2 Mrd. Euro).

## Die Kulturloge stellt sich vor

### Wo Kunst nichts kostet



Berlin besitzt eine große Vielfalt an kulturellen Angeboten, gleichzeitig leben in der Stadt viele Menschen in Armut und können sich die Eintrittspreise für kulturelle Veranstaltungen selten oder gar nicht leisten. Die Kulturloge Berlin ist ein gemeinnütziges Projekt, das es sich zur Aufgabe gemacht hat, diese Lücke zu schließen.

Idee und Ziel der Kulturloge Berlin ist es, Menschen mit geringem Einkommen eine kostenfreie Möglichkeit zu bieten, wieder am kulturellen und gesellschaftlichen Leben teilnehmen zu können. Das Angebot der Kulturloge richtet sich an Menschen, denen monatlich als Einzelperson maximal 900 € netto zur Verfügung stehen.

Interessierte Gäste melden sich schriftlich an, legen dabei einen Einkommensnachweis vor, geben ihre kulturellen Vorlieben an und hinterlassen eine Telefonnummer. Wenn Kulturplätze zur

Verfügung stehen, laden MitarbeiterInnen der Kulturloge Berlin die Gäste persönlich telefonisch ein.

Die Kulturloge stellt sich, ihre Angebote und die Teilnahmebedingungen beim monatlichen Frühstück in der SPD AnsprechBar vor.

Seit über drei Jahren laden die SPD Oberschöneweide, die Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen und die Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen ein zum Austausch über verschiedenste soziale Themen.

■ LD

**Samstag, 9. August 2014,**

**ab 11:00 Uhr,**

**SPD AnsprechBar  
(Siemensstraße 15)**

## Quiz

25 Jahre Mauerfall. Wir wollen an die schicksalhaften Tage erinnern.

**Wer sprach am 22. Dezember 1989, bei der Öffnung des Brandenburger Tors, die Worte „Berlin, nun freue dich!“?**

- a) Erich Honecker
- b) Angela Merkel
- c) Walter Momper

**Ihre Antwort an:**

**Matthias Schmidt, MdB**

**Ekkehardstraße 1**

**12437 Berlin**

oder

**matthias.schmidt@bundestag.de**

Unter den richtigen Antworten verlosen wir 2 x 1 das Buch „Grenzfall“ von Walter Momper.

**Einsendeschluss ist der 31. August 2014.**

## Berlin tüt was!

### Plastiktüten umtauschen

Ab sofort kann man in Schmidts Ekke auch seine Plastiktüten eintauschen. Die Aktion „Berlin tüt was!“ macht es möglich.

Plastiktüten sind groß, klein, dünn, dick, fest oder reißen schnell. Eines haben alle Plastiktüten aber gemeinsam: Sie werden in der Regel nur einmal und für einen sehr kurzen Zeitraum verwendet. Die Folge: Weltweit werden Unmengen an Plastiktüten produziert, welche die Umwelt belasten und wertvolle Ressourcen verschwenden.

Dagegen kann man was machen. Beispielsweise sie eintauschen gegen eine Mehrwegtasche.

Für 10 Plastiktüten bekommen Sie ab sofort in Schmidts Ekke 1 Mehrwegtasche geschenkt.

■ JD

## Matthias Schmidt, MdB

### Wahlkreisbüro

#### Schmidts Ekke

Ekkehardstraße 1

12437 Berlin-Baumschulenweg

Telefon: 030 53 60 99 50

Fax: 030 53 60 99 49

Öffnungszeiten:

Montag: 11 bis 17 Uhr

Dienstag: 9 bis 15 Uhr

Mittwoch: 9 bis 17 Uhr

Donnerstag: 9 bis 15 Uhr

Freitag: 9 bis 15 Uhr

Samstag: 10 bis 13 Uhr

### Wahlkreisbüro

#### Rathaus Friedrichshagen

im Grünen Haus

Bölschestraße 87/88

12587 Berlin-Friedrichshagen

Telefon: 030 22 01 38 11

Fax: 030 22 01 38 12

Öffnungszeiten:

Dienstag: 14 bis 18 Uhr

Mittwoch: 10 bis 14 Uhr

Donnerstag: 14 bis 18 Uhr

Freitag: 10 bis 14 Uhr

### Bundestagsbüro

Unter den Linden 50

10117 Berlin

Telefon: 030 22 77 48 33

Fax: 030 22 77 68 35

Postanschrift:

Deutscher Bundestag

Platz der Republik 1

11011 Berlin

matthias.schmidt@bundestag.de

www.matthias-schmidt.berlin

## Die Wahrheit über den Mindestlohn

### Ausnahmen und Regeln - Alles auf einen Blick

In den vergangenen Wochen wurde viel über die Ausnahmen vom Mindestlohn gesprochen und geschrieben. Nicht alles davon ist wie wahr. Ein Blick auf die klar abzugrenzenden Ausnahmen und die zeitlich begrenzten Übergangsregelungen verdeutlichen: Der Mindestlohn ist der überfällige Beginn für faire und gerechte Löhne für Millionen Menschen in Deutschland.

#### Wann tritt der Mindestlohn und Kraft und für wen wird er gelten?

Ab dem 1. Januar 2015 haben Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Anspruch auf einen Mindestlohn von 8,50 Euro pro Stunde (brutto).

#### Welche Ausnahmen wird es geben?

Bei **ehrenamtlichen Tätigkeiten** handelt es sich nicht um Arbeitsverhältnisse im Sinne des Gesetzes. Wenn es Geld für die Tätigkeit gibt, handelt es sich auf Aufwandsentschädigungen. Daher sind sie vom Mindestlohn ausgenommen.

Bei freiwilligen und vorgeschriebenen **Praktika** innerhalb einer Ausbildung oder eines Studium steht das Lernen im Mittelpunkt. Daher gilt hier nicht der Mindestlohn. Für freiwillige Praktika nach der Ausbildung oder dem Studium muss der Mindestlohn gezahlt werden. Einzige Einschränkung: Das Praktikum wird in einem anderen als dem bis dahin erlernten Beruf absolviert. Dann steht wieder die Ausbildung im Vordergrund.

**Auszubildende** sind vom Mindestlohn grundsätzlich ausgenommen. Es handelt sich hierbei um ein Ausbildungs- und nicht um ein Arbeitsverhältnis. Das Erlernen eines Berufes steht im Vordergrund. So soll auch verhindert werden,

dass Ausbildungsplätze zu teuer und eingespart werden.

**Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer unter 18 Jahren** sind auch vom Mindestlohn ausgenommen, sofern sie keine angeschlossene Berufsausbildung haben. Ziel ist es, keine Anreize zu bieten einen Aushilfsjob einer ordentlichen Ausbildung vorzuziehen.

Die letzte Ausnahme, welche ein besonders schmerzlicher Kompromiss mit der CDU/CSU ist, sieht vor, dass bei Beschäftigten, die zuvor **langzeitarbeitslos** waren, in den ersten sechs Monaten vom Mindestlohn abgewichen werden darf. Beschäftigte, für die ein Tarifvertrag gilt, werden jedoch ordentlich nach Tariflohn bezahlt.

#### Welche Übergangsregelungen gibt es?

Grundsätzlich gilt, dass bis zum 1. Januar 2017 die in einer **Tarifvereinbarung** vereinbarten Löhne gelten, auch wenn sie unter dem Mindestlohn von 8,50 Euro liegen. Dies ist ein Regelung, wel-

2017 gilt auch für diese Angestellten uneingeschränkt der Mindestlohn.

Für die **Zeitungsausträger** wird es ein separates Gesetz geben: Zeitungsausträger haben ab dem 1. Januar 2015 Anspruch auf 75 Prozent und ab dem 1. Januar 2016 auf 85 Prozent des gesetzlichen Mindestlohns. Ab dem 1. Januar 2017 müssen auch in dieser Branche die vollen 8,50 Euro gezahlt werden.

#### Wer legt die Höhe des Mindestlohnes in Zukunft fest?

Eine unabhängige Kommission wird erstmals zum 1. Januar 2017 über eine mögliche Erhöhung des Mindestlohn beraten. Die Kommission orientiert sich bei der Festlegung des Mindestlohns an der Tarifentwicklung in Deutschland. Im Rahmen einer Gesamtabwägung prüft sie, welcher Mindestlohn einen angemessenen Mindestschutz für die Beschäftigten bietet, faire Wettbewerbsbedingungen für die Unternehmen ermöglicht und die Beschäftigung nicht gefährdet. Dies geschieht alle zwei Jahre.

Die Kommission wird aus drei Arbeitgeber- und aus drei Arbeitnehmervertreterinnen und -Vertretern bestehen. Diese haben abwechselnd das Vorschlagsrecht für eine oder einen Vorsitzenden. Ebenso dürfen zwei Wissenschaftler hinzugezogen werden.

Um den Mindestlohn zu kontrollieren werden zusätzlich 1.600 Stellen beim Zoll geschaffen. Ebenso wird eine Hotline geschaltet werden, bei welcher Verstöße gemeldet werden können.

■ LD

#### Anteil der Beschäftigten, die 2012 weniger als 8,50€ pro Stunde bekamen

in Prozent



Quelle: Institut für Arbeit und Qualifikation 2014 © Hans-Böckler-Stiftung 2014

che besonders von den Gewerkschaften gefordert wurde. Sie hat das Ziel, die Tarifbindung zahlreicher Branchen zu erhöhen um so langfristig mehr Menschen gewerkschaftlich zu vertreten und zu schützen. Ab dem 1. Januar

Sie wollen **die Zeitungs Ekke** per Mail erhalten? Schreiben Sie eine Mail an [matthias.schmidt@bundestag.de](mailto:matthias.schmidt@bundestag.de) und Sie erhalten sie stets zuerst.

SPD